

Schriftliche Abiturprüfung Gemeinschaftskunde

Hinweise und Beispiele zu den zentralen
schriftlichen Prüfungsaufgaben



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Bildung und Sport

Impressum

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Bildung und Sport
Amt für Schule
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Referat: S 13/3 Gesellschaftswissenschaftlicher Unterricht

Referatsleitung: Ulrich Polzin, S 13/3

Fachreferent: Martin Speck, S 13/31

Redaktion: Ulrich Wacker, Gymnasium Bondenwald

Alle Rechte vorbehalten

Internet: www.daten-fakten.bbs.hamburg.de

Hamburg 2003

Inhaltsverzeichnis

1	Regelungen für die schriftliche Abiturprüfung	5
2	Anforderungsbereiche	5
3	Liste der Operatoren	8
4	Aufgabenbeispiele	10
4.1	Grundkurs	10
	Aufgabenbeispiel 1: Konjunkturpolitik	10
	Aufgabenbeispiel 2: Demokratische Willensbildung	14
	Aufgabenbeispiel 3 (für das Wirtschaftsgymnasium): Globalisierung	17
4.2	Leistungskurs	20
	Aufgabenbeispiel 1: Strukturpolitik	20
	Aufgabenbeispiel 2: Demokratische Willensbildung	24

Vorwort

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit der zum August 2003 in Kraft tretenden *Ausbildungs- und Prüfungsordnung zum Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife* (APOAH) werden zentrale Elemente in der schriftlichen Abiturprüfung eingeführt. Für die Abiturprüfung im Februar 2005 werden demnach im schriftlichen Abitur erstmals zentrale Aufgaben für die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch, Spanisch, Latein, Gemeinschaftskunde, Biologie, Wirtschaft (am Wirtschaftsgymnasium) sowie Technik (am Technischen Gymnasium) den Schülerinnen und Schülern gestellt.

Die jeweiligen Abituraufgaben beziehen sich im Fach Gemeinschaftskunde auf Schwerpunktthemen, die den Schulen jeweils am Ende der Vorstufe für das Abitur dieses Jahrganges von der Behörde für Bildung und Sport in einer eigenen Verwaltungsvorschrift zur Kenntnis gegeben werden.

In der Ihnen hier vorgelegten ergänzenden Handreichung, die die entsprechende Verwaltungsvorschrift ausführt, werden Ihnen Beispiele gezeigt, wie die Aufgaben für die schriftlichen Abiturprüfungen im Jahr 2005 sowie den nachfolgenden Jahre formuliert werden. Die hier beispielhaft gewählten Schwerpunktthemen entsprechen nicht unbedingt der Schwerpunktsetzung für 2005 (und nehmen nicht die jährlich erfolgende Festlegung der Schwerpunktthemen vorweg).

Bei der Durchsicht der vorliegenden Handreichung werden Sie feststellen, dass die Beispielaufgaben im Hinblick auf die gewählten Themen, Aufgabenformaten und Anforderungen nichts Ungewohntes bieten. Dafür gibt es hauptsächlich zwei Gründe. Zum einen entsprechen die Beispiele der Hamburger *Richtlinie für die Aufgabenstellung und Bewertung der Leistungen in der Abiturprüfung*. Zum anderen wurde bewusst Gewohntes gewählt, um den Übergang zu den zentral gestellten Aufgaben in der schriftlichen Abiturprüfung zu unterstützen.

Das Neue liegt darin, dass die Aufgaben mit verbindlich definierten Aufträgen („Operatoren“) formuliert werden und dass bei der erwarteten möglichen Schülerleistung die Kriterien und die Anforderungen für eine „gute“ und für eine „ausreichende“ Leistung aufgabenbezogen beschrieben werden. Beides dient dem Ziel, mehr Verbindlichkeit und Vergleichbarkeit zu schaffen.

Zurzeit werden die *Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung* (EPA) für alle Prüfungsfächer überarbeitet. Für einige Fächer liegen sie bereits vor, die Arbeit an den EPA Gemeinschaftskunde und Geschichte beginnen im Schuljahr 2003/04. Wenn diese neuen EPA als KMK-Beschlüsse vorliegen, wird die oben genannte Hamburger Richtlinie überarbeitet und angepasst werden.

In der Hoffnung, dass die vorliegende Handreichung hilfreich für Sie und der Einführung der zentralen Elemente in die schriftliche Abiturprüfung dienlich ist, wünsche ich Ihnen und Ihren Schülerinnen und Schülern eine erfolgreiche Vorbereitung auf das Abitur.

Martin Speck

1 Regelungen für die schriftliche Abiturprüfung

Ab dem Schuljahr 2004/2005 werden die schriftlichen Abiturprüfungen im Fach Gemeinschaftskunde mit zentral gestellten Aufgaben durchgeführt. Dabei gelten die folgenden Regelungen:

Der Fachlehrerin, dem Fachlehrer

- werden **drei** Aufgaben (**I, II und III**) zu **zwei** unterschiedlichen Schwerpunkten aus den Semesterthemen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Gesellschaft und Gesellschaftspolitik, Demokratische Willensbildung und politische Herrschaft vorgelegt.

Die Abiturientin, der Abiturient

- erhält alle **drei** Aufgaben,
- wählt davon **eine** Aufgabe aus und bearbeitet diese,
- vermerkt auf der Reinschrift, welche Aufgabe sie/er bearbeitet hat,
- ist verpflichtet, die Vollständigkeit der vorgelegten Aufgaben vor Bearbeitungsbeginn zu überprüfen (Anzahl der Blätter, Anlagen usw.)

Aufgabenart: Problemerkörterung mit auszuwertendem Material
(Text, Schaubild, Grafik, Tabelle)

Bearbeitungszeit: Grundkurs: **270** Minuten einschließlich Lese- und Auswahlzeit
Leistungskurs: **330** Minuten einschließlich Lese- und Auswahlzeit

Hilfsmittel: Unkommentierte Ausgabe des Grundgesetzes

Grundlage der schriftlichen Abiturprüfung sind der Lehr- bzw. Rahmenplan und die *Richtlinie für die Aufgabenstellung und Bewertung der Leistungen in der Abiturprüfung* in der jeweils letzten Fassung.

Die wechselnden curricularen Vorgaben, Konkretisierungen und Schwerpunktsetzungen werden den Schulen jeweils im zweiten Semester der Vorstufe bekannt gegeben.

2 Anforderungsbereiche

Die Anforderungen in der Abiturprüfung unterscheiden sich nach der Art, der Komplexität und dem Grad der Selbstständigkeit der geforderten Leistung; sie verlangen unterschiedliche Arbeitsweisen. Zur Erhöhung der Transparenz und Vergleichbarkeit lassen sich drei Anforderungsbereiche beschreiben, ohne dass in der Praxis der Aufgabenstellung die drei Anforderungsbereiche immer scharf voneinander getrennt werden können. Daher ergeben sich bei der Zuordnung der Teilaufgaben zu Anforderungsbereichen Überschneidungen.

Die zentralen Aufgaben der schriftlichen Abiturprüfung ermöglichen Leistungen in den folgenden drei Anforderungsbereichen mit einem Schwerpunkt im Anforderungsbereich II:

Anforderungsbereich I

Der Anforderungsbereich I umfasst die Wiedergabe von Sachverhalten und Kenntnissen im gelernten Zusammenhang sowie die Beschreibung und Anwendung geübter Arbeitstechniken und Verfahrensweisen in einem wiederholenden Zusammenhang.

Im Fach Gemeinschaftskunde kann zum Anforderungsbereich I gehören:

- im Bereich der inhaltsbezogenen Kenntnisse und Fähigkeiten das Wiedergeben von Sachverhalten aus einem abgegrenzten Gebiet im gelernten Zusammenhang, wie z.B.
 - Grundtatsachen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Realität
 - Ereignisse und Daten zur Bearbeitung eines Sachverhalts

- Fachwissenschaftliche Begriffe
- Prozesse
- Ordnungen und Strukturen
- Normen und Konventionen
- Kategorien zur Erschließung von politischen Ausgangslagen, Problem- und Konfliktfeldern, zur Beurteilung von Zielvorstellungen und Maßnahmen
- Theorien, Modelle und wissenschaftliche Kontroversen
- im Bereich der methodenbezogenen Kenntnisse und Fähigkeiten die Beschreibung und Darstellung gelernter und geübter Arbeitstechniken in einem begrenzten Gebiet und einem wiederholenden Zusammenhang wie z.B. das Kennen von
 - Darstellungsformen
 - Arbeitstechniken der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen
 - methodischen Schritten bei der Bearbeitung von Aufgaben

Anforderungsbereich II

Der Anforderungsbereich II umfasst das selbstständige Auswählen, Anordnen, Verarbeiten und Darstellen bekannter Sachverhalte unter vorgegebenen Gesichtspunkten in einem durch Übung bekannten Zusammenhang und das selbstständige Übertragen und Anwenden des Gelernten auf vergleichbare neue Zusammenhänge und Sachverhalte.

Im Fach Gemeinschaftskunde kann zum Anforderungsbereich II gehören:

- im Bereich der inhaltsbezogenen Kenntnisse und Fähigkeiten
 - das Erklären von Sachverhalten oder Positionen/Argumentationen
 - Verarbeiten, Ordnen und Vergleichen unter bestimmten Fragestellungen
 - Untersuchen bekannter Sachverhalte mit Hilfe von neuen Fragestellungen
 - Verknüpfen erworbener Kenntnisse und gewonnener Einsichten mit neuen Sachverhalten und deren Verarbeitung in neuen Zusammenhängen
 - das Analysieren neuer Sachverhalte
- im Bereich der Methoden bezogenen Kenntnisse und Fähigkeiten das Anwenden von fach- und sachadäquaten Methoden und Arbeitstechniken
 - bei der Darstellung von Sachverhalten
 - bei der Übertragung in andere Darstellungsformen
 - bei der Erschließung von Arbeitsmaterial

Anforderungsbereich III

Der Anforderungsbereich III umfasst das zielgerichtete Verarbeiten komplexer Sachverhalte mit dem Ziel, zu selbstständigen Lösungen, Gestaltungen oder Deutungen, Folgerungen, Begründungen und Wertungen zu gelangen. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler aus den gelernten Arbeitstechniken und Verfahren die zur Bewältigung der Aufgabe geeigneten selbstständig aus, wenden sie in einer neuen Problemstellung an und beurteilen das eigene Vorgehen kritisch.

Im Fach Gemeinschaftskunde kann zum Anforderungsbereich III gehören:

- im Bereich der inhaltsbezogenen Kenntnisse und Fähigkeiten
 - das Einbeziehen erworbener Kenntnisse und erlangter Einsichten bei der Begründung eines selbstständigen Urteils
 - ein eigenes Urteil treffen und durch sachbezogene Kenntnisse stützen
 - das eigene Urteil in einen theoretischen Zusammenhang einordnen; begründen, warum konkurrierende Ansätze verworfen werden

- Interdependenzen sozialer, ökonomischer, rechtlicher, politischer Prozesse bei der Urteilsfindung berücksichtigen
- das Erkennen der Bedeutung der Aussagefähigkeit von Begriffen und Informationen und Berücksichtigung ihrer zeit- und standortgebundenen Verwendung
- das Reflektieren von Normen, Konventionen, Zielsetzungen und Theorien
- das Problematisieren von Sachverhalten und Darstellungen durch selbstständig entwickelte Aspekte, Erörtern oder Prüfen von Hypothesen, Aufzeigen von Alternativen und deren Überprüfung auf ihre Realisierbarkeit im jeweiligen Bedingungsfeld
- im Bereich der methodenbezogenen Kenntnisse und Fähigkeiten das Beurteilen und Prüfen von Methoden:
 - Erörtern verschiedener methodischer Ansätze zur Erschließung eines Sachverhalts; Begründung des eingeschlagenen Lösungswegs
 - Prüfen von Methoden
 - im Hinblick auf ihre Leistung für die Erschließung von Sachverhalten
 - im Hinblick auf immanente Wertungen und Auswahlkriterien
 - Prüfen von Darstellungsformen auf ihre Aussagekraft

3 Liste der Operatoren

Mehr noch als bei dezentralen Aufgaben, die immer im Kontext gemeinsamer Erfahrungen der Lehrkräfte und Schüler mit vorherigen Klausuren stehen, müssen zentrale Prüfungsaufgaben für die Abiturientinnen und Abiturienten eindeutig hinsichtlich des Arbeitsauftrages und der erwarteten Leistung formuliert sein. Die in den zentralen schriftlichen Abituraufgaben verwendeten Operatoren (Arbeitsaufträge) werden in der folgenden Tabelle definiert und inhaltlich gefüllt. Entsprechende Formulierungen in den Klausuren der Studienstufe sind ein wichtiger Teil der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf das Abitur.

Neben Definitionen und Beispielen enthält die Tabelle auch Zuordnungen zu den Anforderungsbereichen (I, II und III; vgl. oben Abschnitt 2), wobei die konkrete Zuordnung auch vom Kontext der Aufgabenstellung abhängen kann und eine scharfe Trennung der Anforderungsbereiche nicht immer möglich ist.

Operatoren	Definitionen	Beispiele
Beschreiben I–II	Einen erkannten Zusammenhang oder Sachverhalt in eigenen Worten wiedergeben	Beschreiben Sie den aktuellen Konjunkturverlauf anhand ...
Darstellen I–II	Einen erkannten Zusammenhang oder Sachverhalt strukturiert wiedergeben	Stellen Sie die Kernaussagen der Autorin dar ...
Einordnen, zuordnen I–II	Mit erläuternden Hinweisen in einen genannten Zusammenhang einfügen	Ordnen Sie die Position einer Ihnen bekannten Grundrichtung zu / in eine Ihnen bekannte Kontroverse ein.
Zusammenfassen I–II	Die Kernaussagen des Textes komprimiert und strukturiert wiedergeben, d.h. sammeln, ordnen, abstrahieren, sachlogisch gliedern und in eigenen Worten formulieren	Fassen Sie das Interview / den Text in Thesen zusammen.
Erläutern II	Nachvollziehbar und verständlich veranschaulichen	Erläutern Sie die Kernaussagen.
Herausarbeiten II	Aus den direkten und indirekten Aussagen des Textes einen Sachverhalt, eine Position erkennen und darstellen	Arbeiten Sie heraus, wie die Rolle und Bedeutung des UN-Sicherheitsrats im vorliegenden Text gesehen wird.
Die Position, den Standort des Verfassers bestimmen II	Zuordnung des Verfassers zu einer bestimmten Partei, Gruppe, Wissenschaftsrichtung etc. unter Verweis auf Textstellen und in Verbindung mit eigenem Wissen	Bestimmen Sie unter Bezug auf den Text den politischen/wissenschaftlichen Standpunkt des Autors.
Analysieren II–III	Unter gezielten Fragestellungen Elemente, Strukturmerkmale und Zusammenhänge herausarbeiten und die Ergebnisse darstellen	Analysieren Sie die vorliegenden Grafiken und Schaubilder unter der Fragestellung ...
Auswerten II–III	Daten oder Einzelergebnisse zu einer abschließenden Gesamtaussage zusammenführen	Werten Sie die vorliegenden Materialien unter der Problemstellung ... aus.
Begründen II–III	Hinsichtlich Ursachen und Auswirkungen nachvollziehbare Zusammenhänge herstellen	... und begründen Sie Ihre Zuordnung ... und begründen Sie Ihre Position
Entwickeln II–III	Eine Skizze, ein Modell, ein Szenario schrittweise weiterführen und ausbauen	Entwickeln Sie aus den Vorschlägen des Autors ein Bild der Gesellschaft im Jahre 2010.

Operatoren	Definitionen	Beispiele
Vergleichen II–III	Nach vorgegebenen oder selbst gewählten Gesichtspunkten Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede ermitteln und gegliedert darstellen	Vergleichen Sie die Aussagen der vorliegenden Texte. Vergleichen Sie die aktuelle Situation mit der historischen Situation.
Entwerfen III	Ein Konzept in seinen wesentlichen Zügen prospektiv/planend erstellen	Entwerfen Sie einen eigenen Lösungsvorschlag für das in Frage stehende Problem.
Erörtern III	Ein Beurteilungs- oder Bewertungsproblem erkennen und darstellen, unterschiedliche Positionen und Pro- und Kontra-Argumente abwägen und mit einem eigenen Urteil als Ergebnis abschließen	Erörtern Sie die in den Texten angebotenen Lösungsvorschläge
Problematisieren III	Widersprüche herausarbeiten, Positionen oder Theorien hinterfragen	Problematisieren Sie die Reichweite der Theorie / des Lösungsvorschlags.
(Über)prüfen III	Eine Meinung, Aussage, These, Argumentation nachvollziehen und auf der Grundlage eigenen Wissens oder eigener Textkenntnis beurteilen	Prüfen Sie die Gültigkeit der Textaussagen anhand der Materialien.
Stellung nehmen aus der Sicht von ... / eine Erwiderung formulieren aus der Sicht von ... III	Eine unbekannt Position, Argumentation oder Theorie kritisieren oder in Frage stellen aus der Sicht einer bekannten Position	Nehmen Sie zu den Aussagen der Autorin Stellung aus der Sicht von ... Formulieren Sie eine Erwiderung zu der Position aus der Sicht von ...
Beurteilen III	Zu einem Sachverhalt ein selbstständiges Urteil unter Verwendung von Fachwissen und Fachmethoden auf Grund von ausgewiesenen Kriterien formulieren und begründen	Beurteilen Sie die Aussagen / die Analyse von ... Beurteilen Sie die Lösungsvorschläge von ...
Bewerten III	Eine eigene Position nach ausgewiesenen Normen oder Werten vertreten	Bewerten Sie die Lösungsvorschläge von ...
Stellung nehmen III	Siehe „Beurteilen“ und „Bewerten“	... und nehmen Sie dazu abschließend Stellung.

4 Aufgabenbeispiele

Die folgenden Aufgaben sind Beispiele für zentrale schriftliche Abiturprüfungen im Fach Gemeinschaftskunde unter Angabe von gegebenenfalls fiktiven wechselnden Schwerpunkten als unterrichtliche Voraussetzungen. Diese wechselnden curricularen Vorgaben, Konkretisierungen und Schwerpunktsetzungen für die schriftliche Abiturprüfung werden den Schulen jeweils im zweiten Semester der Vorstufe bekannt gegeben.

Außer der Aufgabenstellung enthalten die Beispiele einen kurzen Erwartungshorizont mit Bezug zu den drei Anforderungsbereichen und Bewertungskriterien für die Noten „gut“ und „ausreichend“.

4.1 Grundkurs

Aufgabenbeispiel 1: Konjunkturpolitik

Aufgabenstellung

1. Stellen Sie die zentralen Textaussagen aus M1 und M2 zur Diagnose und Therapie der wirtschaftlichen Probleme Deutschlands im Herbst 2001 dar.
2. Ordnen Sie die dort vertretenen Positionen wirtschaftspolitischen Richtungen zu und stellen Sie diese in ihren Grundzügen dar.
3. Wählen Sie einen der beiden Texte. Überprüfen und beurteilen Sie die Position des Verfassers zu den konjunkturpolitischen Handlungsnotwendigkeiten bzw. -möglichkeiten. Berücksichtigen Sie dabei besonders das Problem der Massenarbeitslosigkeit.

Arbeitstexte

M 1

Ein paar schwarze Zahlen gefällig? Bitte schön: Siemens – 17 000, Hypo-Vereinsbank – rund 9000, die Post – 7500. Nein, es handelt sich nicht um die Kursprognose durchgeknallter Aktienanalysten. Sondern um einen Auszug der Liste, die den geplanten Stellenabbau deutscher Großunternehmen wiedergibt und sich beliebig fortsetzen ließe.

Deutschland im Herbst. Es sieht wahrlich trübe aus mit der Konjunktur. Der Überschwang, der bis vor kurzem noch den Morgen eines goldenen, krisenfreien Zeitalters an den Börsen wie in der realen Wirtschaft heraufbeschworen hatte, ist einer tiefen Depression gewichen. In den Betrieben geht wieder die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen um. Und in den Chefetagen prägen, so zeigen es die jüngsten Umfragen, inzwischen die Schwarzseher das Stimmungsbild.

Die düsteren Momentaufnahmen, die jedem Bundesbürger beim Blick auf die nähere Umgebung ins Auge fallen, verlieren auch aus der Vogelperspektive kaum an Schrecken. Weltweit ist die Konjunktur binnen kürzester Zeit vom gestreckten Galopp in einen gemächlichen Passgang gefallen. In einigen Ländern nähert sie sich dem Stillstand, in anderen, wie etwa den USA oder Japan, befindet sie sich bereits in der Rückwärtsbewegung, gemeinhin Rezession genannt.

An deren Rand balanciert auch die Bundesrepublik. Wer gehofft hatte, sie bliebe, ebenso wie die gesamte Euro-Zone, von dem sich schon vor dem 11. September abzeichnenden Abschwung der US-Wirtschaft verschont, sieht sich getäuscht. Nachdem jenseits des Atlantiks die Blüenträume von einer New Economy geplatzt sind, zeigt sich, dass auch diesseits die alten Regeln weiterhin gelten. Eine der wichtigsten besagt: Die bundesdeutsche Wirtschaft steht und fällt mit dem Export. Sinkt, wie jetzt, die Auslandsnachfrage, geht es auch mit der Konjunktur hier zu Lande bergab. In solchen Zeiten ist guter Rat teuer, weil ein knappes Gut. Von den Unternehmen dürfen ohnehin keine raschen Lösungen erwartet werden. Ihre Manager folgen der betriebswirtschaftlichen Logik, fahren die Produktion zurück und investieren weniger, wenn die Aufträge ausbleiben. Diesem kühlen Kalkül entspricht die Fantasielosigkeit, mit der sie auf die

30 geringere Auslastung der Kapazitäten reagieren, indem sie wie gehabt und kurzerhand
Arbeitsplätze abbauen.

Was also tun? Man kann natürlich den Zug der Lemminge in der Hoffnung laufen
lassen, dass alles nicht so schlimm wird, sie sich rechtzeitig vor dem Massensturz in
den Abgrund eines Besseren besinnen und freiwillig umkehren. Dieser neoliberalen
35 Variante, die der Wirtschaft zutraut, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen,
scheint auch der, nebenbei sozialdemokratische, Kanzler anzuhängen. Zu allem Übel
befindet sich Gerhard Schröder mit seinem riskanten Nichtstun, beschönigend Poli-
tik der ruhigen Hand genannt, in schlechter Gesellschaft; denn ein großer Teil Eu-
ropas verharrt in ähnlicher Agonie. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten verwei-
sen auf die Fesseln, die ihnen der Stabilitäts- und Wachstumspakt auferlegt. Und die
40 Europäische Zentralbank fühlt sich für die Konjunktur schon gar nicht zuständig.
Die Folge: Vor lauter Stabilität geht das Wachstum flöten.

Anders die USA. Ausgerechnet das Land, dem die Privatwirtschaft heilig ist, setzt auf
staatliche Impulse. Die Regierung unter Präsident George W. Bush legte ein beachtliches
Konjunkturprogramm auf, die Notenbank versucht, mit raschen und kräftigen Zinssen-
45 kungen die Talfahrt der Konjunktur zu stoppen.

Aus dieser pragmatischen Haltung können die regelversessenen Europäer gleich mehre-
re Lehren ziehen. Der Hinweis, Amerika habe es besser als unser alter Kontinent, weil
dort eine größere Flexibilität herrsche und hier verkrustete Strukturen, vor allem am Ar-
beitsmarkt, stärkeres Wachstum behinderten, geht jedenfalls ins Leere. Diese gebets-
50 mühenhaft vorgetragene Begründung vermag nämlich nicht zu erklären, warum dann
die Konjunktur in den Vereinigten Staaten noch stärker einbricht als in der Euro-Zone.

Die Politik sollte also handeln, und zwar möglichst rasch. Gefordert ist zunächst die Eu-
ropäische Zentralbank, die schon deshalb von ihrer starren Haltung abrücken und
billigeres Geld in den Wirtschaftskreislauf pumpen könnte, weil mit geringerem
55 Wirtschaftswachstum auch der Inflationsdruck abnimmt. Die Regierungen, auch die in
Berlin, sind zumindest gehalten, jetzt weder die Ausgaben zu kürzen noch die Steuern
zu erhöhen, weil dies die Konjunktur weiter bremsen würde. Zusätzliche staatliche
Programme wären zwar wünschenswert. Doch da es das Kabinett Schröder versäumt
hat, Pläne für den Notfall vorzubereiten, und entsprechende Projekte erst mit län-
gerer Verzögerung wirken, scheidet diese Variante für eine schnelle Hilfsaktion aus.
60 Gleichwohl besteht Hoffnung, dass die Politiker doch noch handeln. Schließlich stößt
ihr Masochismus spätestens dann an seine Grenzen, wenn es um ihre Wiederwahl geht.

Mario Müller, in: *Frankfurter Rundschau* vom 8.11. 2001

M 2

Wir brauchen kein Konjunkturprogramm. Selbst wenn es die monströsen Verbrechen
in New York und Washington und die anhaltende Bedrohung durch Milzbranderreger
nicht gegeben hätte, wäre die Idee abwegig. Zwar hat das Platzen der größten psycho-
5 tischen Aktienblase der Weltgeschichte tiefe Enttäuschungen, große Verluste und ei-
ne fast weltweite Rezession ausgelöst. Zwar werden die Wachstumsrückschläge der
Industriestaaten in den Jahren 2001 und 2002 ähnlich hart sein, wie wir es schon ein-
mal in der Mitte der siebziger und abermals zu Beginn der achtziger Jahre als Folge
der beiden Ölpreisexplosionen erlebt haben. Aber ähnlich wie damals bliebe ein
forciertes deutsches 'deficit spending' nahezu ergebnislos.

10 Damals waren es vornehmlich amerikanische Professoren (und der US-Präsident),
die von der deutschen Regierung (und von den Japanern) verlangten, für die Weltwirt-
schaft als „Lokomotive“ zu agieren. Heute erschallt der gleiche Ruf: Der Staat soll
weniger einnehmen und zugleich mehr ausgeben. Sogar einige Industrielle und
Banker, die noch vor kurzem zu Recht nach einer Senkung der Staatsquote gerufen
15 hatten und in der Zwischenzeit durch fast schamlose Selbstbereicherung hervorgetre-
ten sind, glauben nun an die nationale Lenkbarkeit der Konjunktur. Das ist genauso we-

20 nig überzeugend wie die Vorstellungen der Institutsprofessoren, die noch im Rahmen von Karl Schillers Gesetz über Stabilität und Wachstum gefangen sind, ohne Deutschlands heute sehr viel weitergreifende außenwirtschaftliche Verflechtung zu bedenken.

25 Gegenwärtig ist eine Erholung der Weltwirtschaft im Laufe des kommenden Jahres sehr viel wahrscheinlicher als ein weltweiter Absturz. Es gibt weder Grund für Alarm noch für Pessimismus. Es gibt auch keinen ausreichenden Grund, willentlich den Stabilitätspakt der zwölf Euro-Staaten zu verletzen und mit schlechtem Beispiel auch in Italien, Frankreich oder anderen EU-Ländern erneut die Staatsverschuldung anzuheizen, für die wir später teuer bezahlen müssten. Die anhaltende Misere Japans sollte uns ein Menetekel sein. Aber auch Bush bietet kein positives Beispiel. Anders als Euroland verfügen die USA über hohe Staatsüberschüsse. Schon vor den terroristischen
30 Angriffen war der jetzt angekündigte Abbau der amerikanischen Etatüberschüsse notwendig und beabsichtigt. Was also können oder sollten die Deutschen heute tun? Die Antwort ist einfach: deregulieren! Diese Antwort ist schon längst geboten – nämlich seit Helmut Kohl de facto fünf Millionen Arbeitslose hinterlassen hat.

Helmut Schmidt in: *Die Zeit*, 45/2001

Erwartungshorizont

Zu Aufgabe 1:

Die Prüflinge sollen herausarbeiten, dass sich die beiden Texte vor allem im Bereich der Vorschläge unterscheiden, die zu einer Therapie der aktuellen Krisensituation gemacht werden. Es wird erwartet, dass die Prüflinge erkennen, dass in M 1 angesichts der Tatsache, dass sich Unternehmer allein an der betriebswirtschaftlichen Logik orientieren, staatliche Aktivitäten zur Belebung der Konjunktur dringend angeraten werden. Dabei sollten die einzelnen Vorschläge und Argumente dieser Grundthese zugeordnet werden. Entsprechend sollen in M 2 die grundsätzliche Ablehnung von Staatsinterventionen zur Krisenbekämpfung und der begründende Bezug auf die weltwirtschaftliche Verflechtung in den Mittelpunkt gestellt werden. Im Bereich der Diagnose soll deutlich gemacht werden, dass in M 1 gerade die staatliche Untätigkeit (national und europaweit) als Ursache für die Wachstumskrise gesehen wird, während in M 2 die Krise vor allem auf Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten zurückgeführt wird. (Anforderungsbereich I–II)

Zu Aufgabe 2:

Die Texte lassen sich relativ eindeutig keynesiansischen (M1) und neoliberalen (M2) Argumentationsmustern zuordnen. Diese Zuordnung sollen die Schülerinnen und Schüler an einzelnen Aussagen bzw. am Grundtenor beider Texte begründen. Außerdem wird erwartet, dass die theoretischen Prämissen und die daraus resultierenden wirtschaftspolitischen Rezepte in beiden Ansätzen entfaltet werden. (Anforderungsbereich I–II)

Zu Aufgabe 3:

Bei der Stellungnahme kann sich der Prüfling auch auf Argumente des nicht kritisierten Textes stützen. Wichtig ist, dass er in seinem Text nachweist, dass er in der Lage ist, mit dem begrifflichen Instrumentarium zur Beschreibung ökonomischer Prozesse, das er sich im Verlauf des Unterrichts angeeignet hat, selbständig umzugehen. Der geforderte Bezug auf das Problem der Massenarbeitslosigkeit soll sicherstellen, dass sich der Prüfling nicht auf allgemeine Aussagen beschränkt, sondern eine konkrete Folgenabschätzung der im kritisierten Text vorgeschlagenen Wirtschaftspolitik vornimmt. Hier kann auch darauf eingegangen werden, dass in beiden Texten Wirtschaftswachstum als entscheidendes Ziel vorausgesetzt und der Zusammenhang zwischen Wachstum und Arbeitsplatzgewinnung problematisiert wird. Es wird auch erwartet, dass die Schülerinnen und Schüler die weltwirtschaftliche Verflechtung der deutschen Wirtschaft in den Blick nehmen. (Anforderungsbereich III)

Bewertungskriterien für die Noten „gut“ und „ausreichend“

Die Note „gut“ wird erteilt, wenn

- die Argumentationen der Autoren bzgl. der Konjunkturlage und die darauf bezogenen wirtschaftspolitischen Empfehlungen erfasst und zusammengefasst und strukturiert dargestellt werden,
- die Positionen zur angebots- oder nachfrageorientierten Richtung in der Konjunktur- bzw. Wirtschaftspolitik richtig zugeordnet und diese in Grundsätzen richtig und funktional dargestellt werden,
- die Position des gewählten Textautors und die diese stützenden Argumente systematisch, sachkundig und überzeugend erörtert werden und dabei das Problem Massenarbeitslosigkeit fokussiert wird.

Die Note „ausreichend“ wird erteilt, wenn

- die Argumentationen der Autoren bzgl. der Konjunkturlage und die darauf bezogenen wirtschaftspolitischen Empfehlungen in Grundzügen weitgehend richtig erfasst und zusammengefasst dargestellt werden,
- die Positionen zur angebots- oder nachfrageorientierten Richtung in der Konjunktur- bzw. Wirtschaftspolitik grundsätzlich richtig zugeordnet und diese in Grundsätzen richtig dargestellt werden.

Aufgabenbeispiel 2: Demokratische Willensbildung

Aufgabenstellung

1. Stellen Sie die Kernaussagen des Verfassers zur gegenwärtigen Politikverdrossenheit dar.
2. Erläutern Sie den vom Verfasser so benannten „latenten Verfassungskonflikt“ (Z. 68f.).
3. Nehmen Sie Stellung zur vom Verfasser gestellten Diagnose und erörtern Sie – ausgehend von den Vorschlägen im Text – Möglichkeiten der Verbesserung und Weiterentwicklung unseres politischen Systems.

Arbeitstext

10 Immer wieder grummelt es in Deutschland. Viele sind unzufrieden mit den Politikern und dem politischen System. Zwar gab es nie eine Zeit, in der das Volk aus freien Stücken täglich sein Hoch auf die Politiker ausbrachte. Darum braucht es keinen Alarmismus. Doch ignorieren darf man auch nicht, dass sich quer durch alle Schichten Unzufriedenheit mit dem Regierungssystem, brüchiges Vertrauen zu den politischen Institutionen, Verachtung der politischen Klasse äußern.

15 Es gibt zu denken, wenn in den alten Bundesländern ein gutes Drittel, in den neuen weit über die Hälfte der Deutschen meinen, ihr politisches System funktioniert nicht gut. Oder dass nur die Hälfte des Volkes glaubt, mit der Demokratie ließen sich Deutschlands Probleme lösen. Zwar vertrauen über zwei Drittel der Deutschen jenen Institutionen, mit denen sich auch ein Obrigkeitsstaat regieren ließe: den Gerichten, der Polizei, sogar der Armee. Doch nur jeder Zweite traut dem Bundestag, der zentralen demokratisch legitimierten Institution Deutschlands, und nur jeder Vierte setzt auf jene Organisationen, die den freiheitsverbürgenden politischen Streit wirklich praktizieren: die Parteien.

25 Bekannt ist zudem, dass Politiker auf der Ansehensskala der Berufe weit unten stehen. Das stört im Grunde niemanden; recht geschieht ihnen! Doch wie ist Demokratie auf Dauer möglich, wenn es bloß der Hälfte der Deutschen gefällt, falls sich jemand politisch betätigt? Wenn es nur ganze 10 Prozent gut fänden, wenn der eigene Sohn Politiker würde? Wenn im Westen keine 6 Prozent, im Osten rund 3 Prozent der Erwachsenen Mitglied einer Partei sind, noch viel weniger einer Bürgerinitiative? Wenn denen, die in die Politik gehen, an die 80 Prozent der Bürger im Grunde nicht trauen und gut jeder Zweite die Politiker für Lügner hält?

40 Wer, was ist schuld? System- und Politikverdrossenheit haben gewiss auch politische Gründe.

45 Leicht greift man ferner zum Argument, verdrossen seien die Bürger, weil man sie ohnehin von echter Teilhabe ausschließe. Am Wahltag die Stimme abgegeben und dann keine mehr gehabt – das sei das Schicksal in der repräsentativen Demokratie seit je. Gäbe es nur endlich Volksgesetzgebung von unten und Referenden von oben, dann würde alles

besser. Tatsächlich kennen so gut wie alle deutschen Kommunalverfassungen plebiszitäre Instrumente, besitzen alle deutschen Länder die Hebel von Volksbegehren und Volksentscheid. Aber hat dies das Engagement hoch getrieben? Durchaus nicht. Am besten wird es darum sein, von Sachstimmrechten auf Bundesebene nicht allzu viel zu erwarten, weder im Guten noch im Schlechten.

50 Es hat nämlich den Anschein, als stamme ein Großteil des Grummelns aus tieferen Schichten der politischen Kultur. Es sind überkommene Bilder vom Staat, die Überholtes bewahren. Veraltetes politisches Denken wendet sich dann gegen moderne Institutionen, unkritisch in Geltung gehaltene Verfassungsideologie gegen eine durch Erfahrung belehrte Verfassungspraxis. Eine solche Lage der Dinge lässt sich als *latenter Verfassungskonflikt* bezeichnen: ein Konflikt zwischen vermuteter und gelebter Verfassung, der Gift freisetzt im Verhältnis zwischen denen außerhalb und innerhalb der professionellen Politik.

70 Dieser Konflikt wird bislang ignoriert. Dabei hat ihn schon vor vier Jahrzehnten Ernst Fraenkel so umrissen: Das demokratische Deutschland hat wichtige Teile seines Verfassungssystems aus England beschafft (Repräsentation und parlamentarisches Regierungssystem), seine Verfassungsideologie (plebiszitär-demokratisches Denken und eine eng verstandene Gewaltenteilungslehre) aber aus Frankreich. Beides passt nicht zusammen und nährt Zweifel, ob unsere Demokratie institutionell richtig ausgestaltet sei.

80 [...] Die gesamte Konstruktion ist darauf angelegt, eine identifizierbare Parlamentsmehrheit zur Übernahme der Verantwortung für die Regierungsarbeit zu zwingen.

85 Am wirksamsten wird dies erreicht, wenn – wie in Großbritannien oder Deutschland – Abgeordnete in die Regierungsämter einrücken und es im Parlament stabile Mehrheiten gibt. Dann verschmelzen Parlamentsmehrheit und Regierung zur Funktionseinheit. Nur wer sich in handlungsfähigen Gruppen zusammenhält, bewahrt eine stabile Regierungsmehrheit. An die Stelle des „alten Dualismus“ zwischen Regierung und Parlament tritt so ein „neuer Dualismus“ zwischen der Regierung sowie ihrer Parlamentsmehrheit einerseits und den parlamentari-

95 schen Oppositionsparteien andererseits.

Überdies werden im parlamentarischen Regierungssystem die Parteien besonders wichtig. Personalisiert durch ihre wichtigsten Führer sind sie die zentralen politischen Orientierungsmarken der Bürger. Darum hat, wer nicht von einer Partei als Kandidat aufgestellt wird, kaum Chancen auf einen Parlamentssitz. Eine Mehrheit für die aussichtsreiche Platzierung als Kandidat erlangt aber nur, wer sich in seiner Partei zuvor als guter Mannschaftsspieler erwiesen hat. Eine längerfristig wirksame parlamentarische Rolle ist darum allenfalls formal von einer wirksamen innerparteilichen Rolle zu trennen.

100 Nach den so umrissenen Spielregeln funktioniert unser Regierungssystem wirklich. [...]

110 Sowohl die Ahnungslosigkeit vieler Bürger über die tatsächliche Beschaffenheit unseres Regierungssystems als auch jener latente Verfassungskonflikt sind Tatsachen, die wir nur zu unser aller Schaden ignorieren können. Selbst unbegründete Vorwürfe führen zu wirklicher Verdrossenheit, auch Missverständnisse wirken entlegitimierend. Das gibt einesteils besten Humus für wuchernden Radikalismus. Andern-

115 teils öffnet sich so das Tor für die Suche nach grundsätzlichen Alternativen.

120 Statt Bewährtes zu verbessern, werden riskante Reformvorschläge populär. Doch schon manche Gesundheit wurde ruiniert, weil man eingebil-

125 Sollen wir also unser politisches System den Vorstellungen der Bürger anpassen oder lieber deren

politisches Wissen der Komplexität unserer Demokratie? Hätte diese vor allem Fehlleistungen produziert, läge die erste Antwort nahe. Doch unsere Institutionen haben sich im Wesentlichen bewährt.

130 Darum ist anzuraten, zwar unser politisches System zu verbessern, wo es Mängel hat. Dringender ist es aber, an den Schulen und in den Massenmedien immer wieder politische Bildungsarbeit zu leisten, die Bürger von ihren Kenntnislücken, Missverständnissen und Vorurteilen kuriert. Das gleicht zwar dem Versuch, über Jahrhunderte eine gotische Kathedrale aus Sandstein zu erhalten. Dennoch muss der Versuch gemacht werden, wollen wir unsere

135 freiheitliche Ordnung an Kinder und Enkel weitergeben.

140 Verbessern wir also das Funktionieren des deutschen Föderalismus. Führen wir umsichtig plebiszitäre Elemente auch auf Bundesebene ein. Eröffnen wir über Bürgerforen und Planungszellen

145 viel mehr Bürgern die Möglichkeit, auch ohne langfristiges Engagement an Entscheidungen mitzuwirken. Geben wir den Mitgliedern, vielleicht gar den bekennenden Wählern einer Partei die Möglichkeit, in Vorwahlen über Kandidaten zu bestimmen. Stärken wir auch die Position des einzelnen

150 Abgeordneten durch zusätzliche Mitarbeiter. Hüten wir uns aber davor, antiquierten oder inkonsistenten Systemvorstellungen nur deshalb zu folgen, weil sie populär sind. Den latenten Verfassungskonflikt sollte die erfolgreich gelebte Verfassung gewinnen.

155

W. J. Paetzelt, Verdrossen sind die Ahnungslosen. Viele Deutsche verachten Politik und Politiker ...

Aus: DIE ZEIT, 9/2001

Erwartungshorizont

Zu Aufgabe 1:

Ausgehend von der Beobachtung des Phänomens Politikverdrossenheit stellt der Verfasser die Frage nach den Ursachen. Er geht in seinen Überlegungen auf die Struktur des politischen Systems ein und verweist über das Beispiel 'latenter Verfassungskonflikt' auf die Unkenntnis der Bürger. Er untersucht die Funktionsweise von Politik und deren Spielregeln (Rolle der Parteien/Abgeordneten) und plädiert

- für eine Anpassung des Verfassungsverständnisses an die gelebte Verfassung (Akzeptanz des 'neuen Dualismus');
- für eine Mängelbehebung im System, und vor allem
- für eine (politische) Bildungsarbeit und Teilnahmekultur auf unterschiedlichen Ebenen und warnt vor Populismus und riskanten Reformen. (Anforderungsbereich I–II)

Zu Aufgabe 2:

Paetzelt beschreibt als latenten Verfassungskonflikt den Widerspruch zwischen Verfassungsideologie („veraltetem politischen Denken“ und „überkommenen Bildern vom Staat“) und den „modernen Institutionen einer durch Erfahrung gelehrten Verfassungspraxis“. Behauptet wird die Gewaltenteilung und die Verantwortung und Macht der Abgeordneten (und der Bürger), tatsächlich gibt es die Gewaltenschränkung, die Bedeutung der Parteien und der Fraktionen. Paetzelt nimmt hier eine These Fraenckels auf, der den Konflikt im Zwittercharakter des Grundgesetzes selbst angelegt sieht. In der Praxis

bricht der „latente“ Konflikt auf z.B. in dem öffentlich beklagten, vermeintlich 'massenhaft begangenen Verfassungsbruch' (v. Arnim) des Koalitionszwanges, in der Benennung der ehrenamtlichen Richter oder der Zwangsabgabe (Mitgliederbeitrag) für Fraktionsmitglieder an ihre Partei etc. Diese Praxis wird öffentlichkeitswirksam diskutiert, während die Vermittlung von Wissen und Zusammenhängen über die Verfassungspraxis (vgl. Z. 131f.) vernachlässigt wird. Deshalb können täglich neue „Skandalmeldungen“ über die Macht der Parteien den Konflikt aktualisieren. (Anforderungsbereich II)

Zu Aufgabe 3:

Eine kritische Herangehensweise des Schülers soll ansetzten an der Infragestellung der Diagnose und zur Erörterung von Paetzels Vorschlägen und weiteren Möglichkeiten fortschreiten. Die Stellungnahme erfordert eine gezielte Auswahl der im Text genannten Aspekte (siehe oben, Diagnose), es ist aber auch eine grundsätzliche Bewertung der Sichtweise des Verfassers ist möglich. Der enge Zusammenhang mit dem zweiten Teil der Beurteilungsaufgabe ist vorgegeben. Schwerpunkte können gelegt werden auf

- die politische Bildung in Öffentlichkeit / Medien und Schulen;
- eine mögliche Ausgestaltung plebiszitärer Elemente und deren Ausdehnung auf Bundesebene;
- die Umstrukturierung und Öffnung der Parteien, die Verbesserung der innerparteilicher Demokratie und die Frage der Mobilisierung und Einbeziehung von qualifizierten und motivierten Akteuren für die Politik neben den Parteien,
- die Stärkung der Rolle des einzelnen Abgeordneten.

Dabei sollen die Kriterien einer qualitativen Weiterentwicklung des Systems vom Schüler gesetzt werden – zu denken ist z.B. an die politischen Kategorien 'Partizipation, Transparenz und Effektivität' oder auch an Anforderungen, die sozialpolitische oder wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund stellen (woran lassen sich Erfolge/Verbesserungen messen? Welche Probleme der Zukunft benötigen welche Maßnahmen?). (Anforderungsbereich III)

Bewertungskriterien für die Noten „gut“ und „ausreichend“

Die Note „gut“ wird erteilt, wenn

- die Kernaussagen des Textes erfasst und zusammengefasst wiedergegeben werden,
- die im Text angerissenen tieferen Ursachen der Politikverdrossenheit in mehreren Argumentationssträngen mit richtigen Bezügen auf die Verfassung und die Verfassungswirklichkeit ausgeführt und nachvollziehbar erläutert werden,
- die Diagnose sachkundig überprüft und die im Text gemachten als auch darüber hinaus gehend entwickelte Vorschläge diskutiert und bewertet werden.

Die Note „ausreichend“ wird erteilt, wenn

- die Kernaussagen des Textes weitgehend richtig erfasst und zusammengefasst wiedergegeben werden,
- die im Text angerissenen tieferen Ursachen der Politikverdrossenheit in einem Argumentationsstrang mit richtigen Bezügen auf die Verfassung und die Verfassungswirklichkeit ausgeführt und nachvollziehbar erläutert werden.

Aufgabenbeispiel 3 (für das Wirtschaftsgymnasium): Globalisierung

Aufgabenstellung

1. Stellen Sie anhand des Ihnen vorliegenden Textes dar, welche Unterschiede und welche Gemeinsamkeiten in bezug auf den Prozess der Globalisierung Hans-Olaf Henkel und Peter Wahl hervorheben.
2. Entwickeln Sie im Anschluss an die dargestellten Positionen ergänzende Argumentationsketten von Gegnern und Befürwortern der Globalisierung unter besonderer Berücksichtigung der historischen Entwicklung des Globalisierungsprozesses.
3. Erörtern Sie in Auseinandersetzung mit den dargestellten Positionen, ob, wie und mit welchem Ziel Ihrer Meinung nach der Globalisierungsprozess gesteuert werden sollte.

Arbeitstext

Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Geschäftsführer von IBM Deutschland und IBM Europa, Mittlerer Osten und Afrika, war von 1995 bis 2000 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Seit Juli 2001 leitet er die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, der 78 Forschungsinstitute angehören. Er ist außerdem BDI-Vizepräsident.

Peter Wahl ist geschäftsführender Vorstand der Nicht-Regierungs-Organisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) in Bonn und Mitbegründer des deutschen Zweiges der Anti-Globalisierungsbewegung Attac, zu deren bundesweitem Koordinierungskreis er gehört.

DIE WOCHE: Vor allem in der islamischen Welt, aber auch im Westen sehen viele einen Zusammenhang zwischen den Anschlägen in den USA und dem weltweiten Vormarsch der westlichen Ökonomie und Kultur. Ist der 11. September Anlass über die Globalisierung neu nachzudenken?

- 5 PETER WAHL: Unbedingt. Denn die Globalisierung in ihrer bisherigen Form führt zur globalen Spaltung. Die Kluft zwischen Nord und Süd wird immer größer, die Armut in den Entwicklungsländern nimmt zu, die soziale Polarisierung in den Industrieländern ebenfalls. Dies bildet einen Nährboden für Terrorismus. Die Terroristen und ihre Sympathisanten betrachten die kulturelle Seite der Globalisierung als eine einzige Kette von Demütigungen und Entwürdigungen. Der zweitgrößte Ausfuhrposten der USA sind Filme, Videos und Musikträger. Dazu kommt die ganze Werbung mit den
10 Marken, die bis in die letzten Slums in der Dritten Welt getragen werden. Viele Menschen dort könnten sich diese Produkte nicht leisten. Doch die bilden kulturelle Leitbilder, denen viele hinterherlaufen, ohne sie jemals erreichen zu können. Das schafft Hass und Fanatismus. Und wenn sich der Terrorismus dann gegen Symbole richtet, die für die westliche Vorherrschaft stehen, findet das Sympathien bei vielen Verlierern der Globalisierung. Über all dies muss sich die Öffentlichkeit in den
15 Industrieländern Gedanken machen.

- HANS-OLAF HENKEL: Sie machen die Globalisierung für das ganze Elend der Welt verantwortlich. Aber die Marktwirtschaft verhindert nicht die Entwicklung von Menschenrechten und Demokratie – sie hilft, sie weltweit zu verwirklichen. Die Zahl der Länder, die sich an die Menschenrechte
20 halten, steigt Jahr für Jahr. Es gab auch noch nie so viele Länder, die ein demokratisches System haben. Nehmen Sie Lateinamerika. Dort herrschten vor 30 Jahren überall Generäle und Diktatoren. Heute regieren dort – mit Ausnahme von Kuba – fast überall Demokraten. Das ist auch ein Erfolg der Globalisierung. Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft sind drei Seiten des gleichen Dreiecks.

- 25 WAHL: Ein schönes Credo!

- HENKEL: Natürlich gibt es Länder und Regionen, die sich wirtschaftlich langsamer entwickeln als andere, weshalb etwa der Abstand zwischen Afrika und Amerika ständig wächst. Aber Afrika leidet nicht unter der Globalisierung, sondern im Gegenteil daran, dass sie an dem Kontinent vorbeigeht. Statt sich für die vermeintlichen Globalisierungs-Verlierer einzusetzen, sollten Sie sich dafür stark
30 machen, dass Marktwirtschaft und Demokratie auch in diesen Ländern Einzug halten.

WAHL: Gerade das, was Sie als große Errungenschaften der Marktwirtschaft preisen, nämlich Liberalisierung und Deregulierung, produziert Armut. Untersuchungen der Weltbank zeigen, dass die ärmsten Länder und die Menschen dort die größten Verlierer sind. Denn wenn diese Länder die Zölle senken, verlieren sie oft ihre wichtigste Einnahmequelle für den Staatshaushalt. Das führt dazu, dass die Ausgaben für die Bildung und Sozialprogramme sinken. Auch wenn es heute etwa in Lateinamerika fast überall parlamentarische Systeme gibt, hat die Armut dort zugenommen. Entwicklungsfortschritte, die es dort vor der Hochzeit der Globalisierung gegeben hat, gehen heute wieder verloren. Und nebenbei: Die Marktwirtschaft in ihrer reinsten Form hat es in Chile unter dem Diktator Pinochet gegeben.

40 HENKEL: Die Einführung der Marktwirtschaft führt auch in Entwicklungsländern zu mehr Arbeitsplätzen. Nur leider wird das häufig durch ein starkes Bevölkerungswachstum überlagert. Das hat aber nichts mit der Globalisierung zu tun – es sei denn, man machte sie zynischerweise dafür verantwortlich, dass sie die medizinische Versorgung und Ernährung verbessert. Ich war in den 60er Jahren in Indien. Damals gab es 425 Millionen Inder, viele von ihnen starben an Hunger und Unterernährung. Heute leben in Indien mehr als 1 Milliarde Menschen – und das Land exportiert Reis! Und zwar auch dank der Hilfe der amerikanischen und deutschen Chemie und Agrarindustrie.

45 WAHL: Solange Sie keine geeigneten Verteilungsmechanismen haben, nützt Ihnen das ganze schöne Wachstum nichts. Ganz zu schweigen davon, dass blinder Wachstumsglaube heute auch ökologisch nicht mehr zu vertreten ist. Und wenn Sie von den Fortschritten der medizinischen Versorgung sprechen: In Afrika sterben die Menschen wie die Fliegen an Aids. Die Pharmakonzerne aber beharren auf ihren Patenten, die im Zuge der Globalisierung weltweit Geltung erlangen, um ihre Gewinne einzufahren.

50 HENKEL: Ich bleibe dabei: Dass es den Menschen in vielen Entwicklungsländern schlecht geht, liegt nicht an der Marktwirtschaft, sondern an den feudalen und korrupten Regimen dort. Dagegen sollten wir gemeinsam kämpfen.

WAHL: Die neue Qualität der Internationalisierung von Wirtschaft, Kultur und Technologie besteht darin, dass transnational agierende Akteure, die so genannten Global Players, sich außerhalb des Zugriffs staatlicher Regulierung bewegen. Das trifft nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch uns in den Industrieländern, weil es die parlamentarische Demokratie untergräbt. Die großen Konzerne und Banken betrachten sich als fünfte Gewalt, die den Staat über die Finanzmärkte kontrollieren. Sie bestimmen im wachsenden Maße die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, obwohl sie dazu demokratisch überhaupt nicht legitimiert sind.

HENKEL: Wenn man das akzeptiert, dann müsste man ja zurück zur DDR!

65 WAHL: Nein, wir wollen nicht zurück zum abgeschotteten Nationalstaat. Wir wollen ein internationales Netzwerk aus Institutionen und Vereinbarungen, das Handel, Wettbewerb und Investitionen weltweit sozial, demokratisch und ökologisch reguliert.

HENKEL: Auch die Europäisierung ist doch nichts anderes als ein Stück Globalisierung. Erst wurde der europäische Binnenmarkt geschaffen; heute gibt es in Brüssel eine Kartellbehörde, die den Wettbewerb überwacht; ab dem 1. Januar haben wir die gemeinsame Währung. In anderen Teilen der Welt gibt es ähnliche Verbände. Deren Zusammenwirken wird irgendwann zu der Vision einer vereinten Welt führen.

DIE WOCHE: Wenn Sie das alles so positiv sehen: Wie erklären Sie sich dann die wachsenden Zweifel an der Globalisierung?

75 HENKEL: Zugegeben: die Globalisierung ist in der Wirtschaft und Kultur weiter als in der Politik. Ähnliche Kontrollsysteme, wie wir sie heute auf europäischer Ebene haben, brauchen wir auch auf globaler Ebene. Ansätze dazu gibt es. Wir haben die Welthandelsorganisation, und wenn die WTO die gleiche Macht bekommt wie die Europäische Kommission, werden wir eines Tages auch eine Weltkartellbehörde haben.

80 WAHL: Die WTO ist bei ihrer letzten Sitzung in Seattle gescheitert – nicht weil wir dort demonstriert haben, sondern weil die Entwicklungsländer auf den Tisch gehauen haben. Denen hatte man all die Jahre gepredigt, dass ihnen die Liberalisierung und Öffnung der Märkte hilft – aber sie stellten fest, dass das nicht stimmt.

HENKEL: Weil die Regeln der Marktwirtschaft nicht richtig umgesetzt werden!

85 WAHL: Nein, weil die Regeln unfair sind. Der Westen ist nicht generell gegen eine Regulierung des Welthandels – er will sie nur in seinem Sinne. Deshalb brauchen wir eine Demokratisierung der internationalen Institutionen. ...

Die Unternehmen wollen Geld verdienen. Sie gehen dorthin, wo sie es am besten können, auch wenn es Diktaturen oder undemokratische Länder wie China sind. Deshalb darf man die Globalisierung nicht der Wirtschaft überlassen.

Quelle: DIE WOCHE – Interview mit Hans-Olaf Henkel und Peter Wahl vom 9. November 2001, S. 8

Erwartungshorizont

Zu Aufgabe 1:

Die Schülerinnen und Schüler stellen dar, dass Peter Wahl ausschließlich die negativen Elemente des Globalisierungsprozesses hervorhebt wie die wachsende Kluft zwischen den Ländern der Nordhalbkugel und denen der Südhalbkugel, die Dominanz des westlichen Lebensstils sowie die kulturelle Hegemonie der USA und deren Konsequenzen für die Menschen in den armen Ländern.

Die Schülerinnen und Schüler stellen weiterhin dar, dass Hans-Olaf Henkel dagegen die positiven Elemente des Globalisierungsprozesses hervorhebt wie die Tatsache, dass die Einbeziehung bestimmter Länder in den Weltmarkt sowie die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen in diesen Ländern die Durchsetzung demokratischer Strukturen sowie die Geltung der Menschenrechte vorangetrieben haben. (Anforderungsbereich I)

Zu Aufgabe 2:

Die Schülerinnen und Schüler fächern ausgehend von den Argumentationsketten von Henkel und Wahl das Thema Globalisierung weiter auf. Sie skizzieren die Struktur der internationalen Arbeitsteilung, gemäß der der optimale Produktionsstandort dort liegt, wo eine optimale Kombination der Produktionsfaktoren vorliegt. Dies spricht für eine Einbeziehung von immer mehr Ländern in den Produktionsprozess und in den Welthandel zum Vorteil aller Beteiligten. Dagegen spricht wiederum die globale Nivellierung durch Einebnung aller kulturellen Besonderheiten im Rahmen der Uniformierung der Produktion, des Konsums, des Alltags, der Wertvorstellungen durch den Prozess der Globalisierung. Die Schüler stellen historische Aspekte des Globalisierungsprozesses dar. (Anforderungsber. II)

Zu Aufgabe 3:

Die Schülerinnen und Schüler diskutieren Pro- und Contra Argumente und kommen zu einer eigenständigen Bewertung hinsichtlich der Ziele, die eine mögliche Gestaltung des Globalisierungsprozesses ansteuern sollte, der Mittel, mit denen diese Ziele erreicht werden sollten und ob der Globalisierungsprozess gesteuert werden kann oder ob er eine derartige Eigendynamik entwickelt hat, dass er sich allen Gestaltungsversuchen entzieht. (Anforderungsbereich III)

Bewertungskriterien für die Noten „gut“ und „ausreichend“

Die Note „gut“ wird erteilt, wenn

- die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Interviewpartner bzgl. der Globalisierung erfasst, zusammengefasst und strukturiert dargestellt werden,
- die zusätzlichen Argumentationsketten der Gegner und Befürworter in sich schlüssig und vollständig sowie richtig in den historischen Kontext eingebettet werden,
- die Position des Prüflings und die sie stützenden Argumente systematisch, sachkundig und überzeugend erörtert werden.

Die Note „ausreichend“ wird erteilt,

- die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Interviewpartner bzgl. der Globalisierung in Grundzügen erfasst und zusammengefasst dargestellt werden,
- wenn die zusätzlichen Argumentationsketten der Gegner und Befürworter in sich teilweise schlüssig und vollständig sowie in Teilen richtig in den historischen Kontext eingebettet werden.

4.2 Leistungskurs

Aufgabenbeispiel 1: Strukturpolitik

Aufgabenstellung

1. Stellen Sie dar,
 - welche Diagnose Donges für die deutsche Wirtschaft stellt,
 - wie er die aktuelle Wirtschaftspolitik beurteilt und
 - welche Therapievorschläge er macht.
2. Erläutern Sie vom Text ausgehend die Grundzüge des Wirtschafts- und Sozialsystems, das sich in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 entwickelt hat.
3. Ordnen Sie Donges' Position in das Feld der wirtschaftspolitischen Grundpositionen ein. Zur Bearbeitung dieser Aufgabe sollten Sie auch auf Ergebnisse Ihrer Semesterarbeit zurückgreifen.
4. Entwickeln Sie ein Bild der zukünftigen deutschen Wirtschaftsgesellschaft, wie sie nach den Empfehlungen Donges' aussähe, und beurteilen und bewerten Sie diese Zukunftsperspektive.

Arbeitstext

Die neue Legislaturperiode hält für die wieder- gewählte rot-grüne Bundesregierung wirtschaftspolitisch eine wahre Herkulesaufgabe bereit: die Wiedergewinnung einer nachhaltigen Wachstumsdynamik und eines hohen Beschaftigungsstands. Die makroökonomischen Vorgaben sind bedrückend.

Erstens: Die deutsche Wirtschaft wächst nur im Schneckentempo. Mehr als ein Plus von 0,5 Prozent für das reale Bruttoinlandsprodukt wird es im Durchschnitt dieses Jahres nicht geben. Eklatant ist die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage. (...)

Zweitens: Die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau. Rund vier Millionen Personen sind als arbeitslos registriert; das entspricht einer Quote von 9,5 Prozent, oberhalb des EU-Durchschnitts. Ein Drittel der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose. Das Problem ist noch größer, wenn man die 1,7 Millionen Menschen hinzuzählt, die durch aktive Arbeitsmarktpolitik betreut werden. Deutschland braucht rund fünf Millionen neue Arbeitsplätze.

Drittens: Die Staatsfinanzen sind aus dem Ruder gelaufen. Wegen unzureichender Konsolidierung in konjunkturell guten Zeiten stecken die Haushalte von Bund und Ländern in der Klemme. In diesem Jahr wird das Defizit aller Voraussicht nach die im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, so daß die Europäische Kommission ein Sanktionsverfahren eröffnen müßte. (...)

Viertens: Die Systeme der sozialen Sicherung sind ausgefert. Vielen Menschen werden Risiken abgenommen, die sie selbst tragen könnten. Zwar wurden in der gesetzlichen Rentenversicherung wichtige Reformschritte gemacht. Aber in der gesetzlichen Krankenversicherung, deren Schiefelage

das hohe gesamtstaatliche Haushaltsdefizit mit bestimmt, probiert man es immer wieder mit einem Herumdoktern an Symptomen. (...)

Deutschland lebt von seiner Substanz. Mit der einst bewunderten Industrienation geht es wirtschaftlich bergab, nicht erst seit vier Jahren. Aufzuhalten ist ein weiteres Abgleiten nur durch radikale Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, in den öffentlichen Haushalten und in den Gemeindefinanzen; dies ist seit langem bekannt.

Doch der Glaube an die Vorzüge des deutschen Wirtschaftsmodells mit seinen sozialen Garantien und Umverteilungen ist so fest in den Köpfen verwurzelt, daß viele meinen, das Problem sei nur die schwache Weltkonjunktur. So erklärt sich auch das Wahlergebnis vom 22. September, trotz der mageren wirtschaftlichen Bilanz.

Gewiß, für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie die deutsche ist wichtig, daß es auf den Weltmärkten dynamisch zugeht. Aber „Exportweltmeister“ zu sein hat seine Kehrseite: die erhöhte Verwundbarkeit durch ungünstige Entwicklungen im Ausland. Ebenso wichtig wie der Erfolg im Exportgeschäft ist daher die Fähigkeit, einem von außen kommenden Abwartssog innere Antriebskräfte entgegenzustemmen.

Im Prinzip kann man davon ausgehen, daß Deutschland dank seiner Faktorausstattung mit Unternehmertum, qualifizierten Arbeitskräften, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, technischem und organisatorischem Wissen sowie wirtschaftsnaher Infrastruktur das Potential hat, dauerhaft auf einen höheren Wachstumspfad einzuschwenken. (...) In Deutschland indes sind Strukturreformen auf die lange Bank geschoben und effizienzschadliche Wettbewerbsverzerrungen in Kauf genommen oder

75 verstärkt worden. Entsprechend labil ist die deutsche Wirtschaft, wohlge­merkt: durch Selbstverschulden.

(...) daraus sollte die Politik den richtigen Schluß ziehen: alles zu tun, um die Angebotsbedingungen zu verbessern und die im Wirtschaftssystem schlummernden Antriebskräfte freizusetzen.

80 Genau an dieser Stelle hat sie bislang versagt. Was auf der Habenseite steht – die Steuerreform und die Rentenreform – bleibt weit hinter dem zurück, was
85 wachstums- und beschäftigungspolitisch notwendig ist: Die Koalition hatte nicht die Kraft – vielleicht aus ideologischen Gründen auch gar nicht den Willen – für eine zukunftsbewehrte Neuausrichtung. Sie blieb in alten Mustern gefangen: mehr
90 Bürokratie, mehr markt­widrige Regulierungen, mehr selektive industriepolitische Eingriffe, mehr Sozialstaat, mehr Gewerkschaftsmacht. Das ist ordnungspolitisch gesehen fatal, weil sich die strukturellen Verkrustungen verhärten. Da hilft es
95 auch nicht, die Binnennachfrage durch kreditfinanzierte Ausgabenprogramme des Staates und Leitzinssenkungen durch die Europäische Zentralbank stimulieren zu wollen. Mehr als ein kurzfristiges Strohfeuer käme dabei nicht heraus.

100 Natürlich ist es in einer marktwirtschaftlichen Ordnung zuallererst Aufgabe der Unternehmen, für Wachstum zu sorgen. Sie müssen Innovationskraft zeigen – mit Produktinnovationen zur Erschließung neuer Tätigkeitsfelder und Märkte, mit
105 Prozeßinnovationen zur Stärkung der Produktivität und Senkung von Kosten. Gefragt ist der Schumpeter-Unternehmer, der im Vorgriff auf künftige Nachfrage heute mit Wagemut investiert, anders als der keynesianische Unternehmertyp, der risikoscheu
110 ist, an Althergebrachtem festhält und mit neuen Investitionen wartet, bis die Auftragsbücher gefüllt sind. Aber damit es genügend Schumpeter-Unternehmer gibt, müssen die Angebotsbedingungen der Wirtschaft stimmen – und dafür ist die Politik
115 zuständig. Die Bundesregierung muß sich zu einer Wirtschaftspolitik verstehen, die langfristig angelegt, kohärent und glaubwürdig ist, die der privaten Wirtschaft Spielraum für eine dynamische Produktionsentwicklung und Bereitstellung neuer Arbeitsplätze verschafft.

120 Dabei ist dem Umstand Rechnung zu tragen, daß das allgemeine wirtschaftliche Umfeld sehr komplex geworden und im grundlegenden Wandel begriffen ist. Zu denken ist an die Globalisierung der Märkte
125 und die internationale Mobilität von Sachkapital und qualifizierten Arbeitskräften; an die Ausbreitung wissensbasierter Tätigkeiten mit dem Rückenwind der Informations- und Kommunikationstechnologien; an die geplante EU-Osterweiterung und die Verschärfung des Wettbewerbs auf den Güter-
130 und Faktormärkten; an die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung mit der Folge, daß sich die Konsumstruktur zugunsten von Freizeitaktivitäten, Tourismus, Gesundheits- und Pflegedienstleistungen
135 verändert, daß die Lohnnebenkosten nach oben tendieren und Engpässe beim inländischen Angebot

an qualifizierten Arbeitskräften auftreten können; und nicht zuletzt an die Langfristfolgen des 11. September in Form einer dauerhaften Bindung von
140 knappen Ressourcen für die Sicherheitsmaßnahmen und spezifische Versicherungsprodukte.

Praktisch jedermann ist von diesen Veränderungen betroffen – durch die Anpassungszwänge, die auftreten, ebenso wie durch die Chancen für lohnende wirtschaftliche Aktivitäten, Aber die Betroffenheit ist nicht überall gleich, sondern sie unterscheidet sich zwischen den Unternehmen, zwischen qualifizierten und unqualifizierten Erwerbstätigen, zwischen älteren und jüngeren Menschen, zwischen
145 Branchen und zwischen Regionen. Das hat ordnungspolitisch eine weitreichende Konsequenz: Auf den Märkten ist in größerem Maße als früher Flexibilität und Elastizität erforderlich. Und dazu verhilft letztlich nur der Wettbewerb, mehr Wettbewerb.

150 Zur Beantwortung der Frage, was dabei an Antriebskräften freigesetzt werden kann, darf man sich von den Erfahrungen mit dem europäischen Binnenmarkt inspirieren lassen. Die Marktöffnungen in gesamtwirtschaftlich wichtigen,
155 im weiteren Sinne zur Infrastruktur zählenden Dienstleistungsbereichen wie Telekommunikation, Luftverkehr und private Versicherungswirtschaft haben für Produktvielfalt bei günstigen Preisen und für neue Arbeitsplätze bei guten Löhnen gesorgt.
160 Natürlich sind nicht alle Bäume in den Himmel gewachsen. Es gibt auch Flops, und es braucht Zeit, bis der Markt die Spreu vom Weizen getrennt hat. Die vom Reinigungsprozeß erzwungene Kapitalvernichtung wirkt auf die Volkswirtschaft zwar wie ein
165 negativer Angebotsschock und beeinträchtigt das Wachstum und die Beschäftigung, aber im ganzen nur marginal und vorübergehend.

Dauerhaft wachstumshemmend indes wirken die Marktzugangsbarrieren in anderen zentralen Produktionsbereichen wie Eisenbahn, Gasmarkt, Wasserwirtschaft und Post – ganz zu schweigen von der Handwerksordnung, die durch das Erfordernis des großen Befähigungsnachweises die Gewerbefreiheit einschränkt, und den restriktiven Ladenöffnungszeiten im Einzelhandel, derentwegen die Interessen der Verbraucher (an mehr Optionen), der Arbeitnehmer (an mehr Teilzeitarbeitsplätzen), der Einzelhändler (an mehr Marktnischen) und der Gemeinden (an einer besseren Nutzung der teuren Infrastruktur in den Innenbezirken) zu kurz kommen. Besonders schlimm ist es auf dem Arbeitsmarkt, der absolut überreguliert ist und dadurch
175 nicht wie ein Markt funktionieren kann. (...)

Am Arbeitsmarkt gibt es zuviel Regulierung, zuviel Kartellbildung im Tarifvertragssystem zu Lasten einzelbetrieblicher Erfordernisse, zuviel Nivellierung der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen trotz des Bedarfs an mehr Differenzierung, zuviel Schutz für die Arbeitshabenden zum Nachteil der Arbeitssuchenden. Die Folge ist, daß am regulären Arbeitsmarkt Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage nicht zusammenfinden und daß die Unternehmen einen Anreiz haben, Stellen wegzurationalisieren.

lisieren, sie ins Ausland zu verlagern und in die
200 Schattenwirtschaft zu verschieben.
Die gebotene Strukturreform beinhaltet zwei
grundlegende Aufgaben. Zum einen eine Deregulie-
rungsaufgabe: Von besonderer Bedeutung sind fle-
xiblere Regelungen im Tarifvertragssystem, im Be-
205 tribsverfassungsgesetz, im Günstigkeitsprinzip, im
allgemeinen Kündigungsschutz, bei der Befristung
von Arbeitsverträgen und bei der gewerbsmäßigen
Arbeitnehmerüberlassung. (...)
Auf den Prüfstand gehören das Arbeitslosen-
210 geld, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe.
Diese sozialen Garantien müssen zurückge-
nommen werden, damit der „Anspruchslohn“, den
Arbeitslose im Falle eines Beschäftigungsangebots
mindestens fordern, gemessen an ihrer Produktivi-
215 tät nicht zu hoch wird und wie eine Markteintritts-
barriere wirkt. Bei niedrigerem Anspruchslohn
entsteht Spielraum für die Ausdifferenzierung der
Löhne nach unten. Es würden wieder mehr Ar-
beitsplätze mit geringeren Qualifikationsanfor-
220 derungen von der Kostenseite her rentabel; die Be-
reitschaft der Anbieter einfacher Arbeit, auf sol-
che Stellen zu gehen, würde steigen. Das ist effi-
zienter und fiskalisch tragbarer als Kombilohn-
Modelle und andere Varianten aktiver Arbeits-
225 marktpolitik, bei denen subventionierte Beschäfti-
gung an die Stelle von zusätzlichen regulären Ar-

beitsplätzen tritt oder registrierte Arbeitslosigkeit
in verdeckte umgewandelt wird.

Um die erwünschten beschäftigungsfördernden
230 Wirkungen zu erzielen, ist es unabdingbar, daß die
Strukturreform am Arbeitsmarkt als Herausforde-
rung verstanden wird, die als Ganzes zu bewerkstelli-
gen ist. Wenig oder nichts wäre gewonnen, wenn das
Reformpaket aufgeschmürt würde. Flickschusterei
235 wäre es auch, wenn wichtige Themen erst gar nicht
in die Reformagenda aufgenommen würden. Dieses
Manko kennzeichnet die Vorschläge der Hartz-
Kommission. Mit Respekt (oder aus Angst?) vor
harten Widerständen der Gewerkschaften greift der
240 Reformentwurf viel zu kurz: Er setzt vorrangig beim
Arbeitsangebot und bei der Arbeitsvermittlung an
und klammert die Bedingungen für die Schaffung
neuer Arbeitsplätze weitgehend aus. (...)
Wie auch immer die Reformpolitik für den Ar-
245beitsmarkt aussieht – sie braucht den Flankenschutz
durch die Lohnpolitik. Die Tarifvertragsparteien
müssen sich in Zurückhaltung üben. Bei überzoge-
nen Tarifabschlüssen verpuffen die positiven Be-
schäftigungswirkungen der Strukturreform. Die Ta-
250riflohnsteigerungen müssen so lange unterhalb des
Produktivitätsfortschritts bleiben, bis die Arbeitslo-
senquote deutlich sinkt; über die Lohndrift kann sich
dann die marktgerechte Lohnstruktur herausbilden.
(...)

J. B. Donges, Hinaus aus der Abwärtsspirale. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode: Wie geht es wirtschaftspolitisch in Deutschland weiter? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. 11. 2002

Erwartungshorizont

Zu Aufgabe 1

Der Autor beschreibt in wiederholten Anläufen die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland als einen schweren, aber nicht hoffnungslosen Fall. Dabei werden in einem 'Rundschlag' auch zahlreiche Politikbereiche angesprochen. Für die Bearbeitung des Texts kommt es also darauf an, die zentralen Argumente und Befunde, die der Einschätzung des Autors zugrunde liegen, herauszustellen und zu fokussieren, d.h. also auch: eine Auswahl zu treffen! Für die Vorbereitung der späteren Aufgaben ist dabei wichtig, den Ansatzpunkt der Kritik zu treffen und die Strategie des Autors herauszustellen. (Anforderungsbereich I–II)

Zu Aufgabe 2

Es kommt darauf an, Grundzüge dieses deutschen „Modells“ in der Entstehung zu zeigen und die Bedingungen zu erläutern, unter denen es entstanden ist und als positiv und erstrebenswert eingeschätzt wurde. Im Sinn eines zeitgeschichtlichen Aspekts können hier exemplarisch Elemente der Sozial- und Wirtschaftspolitik aus der Geschichte der Bundesrepublik eingebracht werden. (Anforderungsbereich I–II)

Zu Aufgabe 3

Hier kommt es zunächst darauf an, die grundsätzliche Orientierung des Argumentationsansatzes von Donges herauszustellen und deutlich zuzuordnen. Wesentliche Hinweise dazu gibt der Autor deutlich (wenn z.B. vom Negativbild eines „keynesianischen Unternehmertyps“ die Rede ist) – die von ihm vertretene Richtung sollte aber auch grundsätzlich in das Spannungsfeld von Markt und Staat und die Debatte hierüber in der wirtschaftspolitischen Diskussion eingeordnet werden. Da die Prüflinge im 1. Semester 'gleichgestellte Arbeiten' zu diesem Themenfeld erstellt haben, bietet sich ein vergleichender Rückbezug (Länderbeispiele, Wirtschaftspolitik im Vergleich etc.) an. (Anforderungsbereich II)

Zu Aufgabe 4

Die Prüflinge sollen (realistischerweise an ausgewählten Beispielen) zeigen, wie die von Donges gewünschte Strukturreform in der Praxis aussehen könnte und welche Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik zustande kämen. Ein begründetes eigenes Urteil und eine Bewertung sollte sich auf dieses Zukunftsbild beziehen. (Anforderungsbereich III)

Bewertungskriterien für die Noten „gut“ und „ausreichend“

Die Note „gut“ wird erteilt, wenn

- die umfangreichen Textausführungen unter den in der Aufgabenstellung genannten Aspekten strukturiert und überzeugend systematisiert zusammengefasst werden,
- grundlegende Kenntnisse über die Grundzüge des Wirtschafts- und Sozialsystems und ihre historische Entwicklung in den Gesamtrahmen der Aufgabenstellung gestellt und erläutert werden,
- die Position des Autors richtig in die wirtschaftspolitische Grundkontroverse eingeordnet wird und diesbezügliche Ergebnisse der eigenständigen Semesterarbeit funktional eingebracht werden,
- aus den Empfehlungen des Autors ein Zukunftsszenario entwickelt und dies ökonomisch und gesellschaftspolitisch beurteilt und unter Bezugnahme auf ausgewiesene Werte und Normen bewertet wird.

Die Note „ausreichend“ wird erteilt, wenn

- die umfangreichen Textausführungen unter den in der Aufgabenstellung genannten Aspekten weitgehend richtig zusammengefasst werden,
- grundlegende Kenntnisse über die Grundzüge des Wirtschafts- und Sozialsystems und ihre historische Entwicklung dargestellt werden,
- die Position des Autors richtig in die wirtschaftspolitische Grundkontroverse eingeordnet wird.

Aufgabenbeispiel 2: Demokratische Willensbildung

Aufgabenstellung

1. Stellen Sie dar, wie Grimm die Rolle und das Gewicht der Parteien im politischen System Deutschlands sieht und wie er die Mechanismen von Korrektur und Kontrolle bewertet.
2. Erläutern Sie die im Text angesprochene Problematik der Parteienfinanzierung unter Berücksichtigung der von Grimm herausgestellten Konflikte und Widersprüche.
3. Erörtern Sie in Auseinandersetzung mit Grimms Thesen die Rolle, Einflussnahme und Legitimierung der Parteien im politischen System Deutschlands.

Arbeitstext

Schlimm genug, dass der rechtswidrige Umgang mit Parteispenden auch in den Reihen der SPD um sich gegriffen hat. Gut ist aber, dass dies gerade jetzt ruckbar wurde. Denn an der Spendenaffäre der CDU begann die Öffentlichkeit das Interesse zu verlieren, ehe noch die Konsequenzen aus ihr gezogen waren. Die Parteien erlahmten in ihrem Vorsatz, die Schlupflöcher des Parteiengesetzes zu stopfen und Gesetzesverstöße spürbar zu ahnden. Die angekündigte Verschärfung des Parteiengesetzes nach der CDU-Affäre drohte halbherzig zu enden. Das verwundert freilich nicht, wenn man bedenkt, dass die Parteien, sobald es um ihre Finanzquellen geht, Gesetzgeber in eigener Sache sind. Ihre Neigung, sich zusätzliche Einkünfte zu genehmigen, war deswegen stets größer als die Bereitschaft, im übergeordneten demokratischen Interesse Verzicht zu üben und Verfehlungen zu unterbinden.

In der Regel halfen erst Einwirkungen von außen den Parteien auf die Sprünge. Meistens handelte es sich dabei um Urteile aus Karlsruhe, die im Interesse der verfassungsrechtlichen Ordnung gesetzliche Regelungen anmahnten. Manchmal führten auch Erschütterungen des Vertrauens in die Politik, die die Spendenfreude der Bürger dämpften oder die Wahlchancen der betroffenen Parteien senkten, bei den Parteien zu innerer Einkehr. Solche Einschnitte waren die Flick-Spendenaffäre, die in den frühen achtziger Jahren ans Licht kam, und jüngst die Spendenaffäre nebst Schwarzgeldkonten der CDU. Zwar wurden die gesetzlichen Regelungen im Gefolge solcher Ereignisse gewöhnlich verschärft. Doch garantiert die Existenz einer Regelung noch nicht ihre Einhaltung. Gerade das Transparenzgebot des Grundgesetzes und seine Konkretisierungen im Parteiengesetz gehören zu den chronisch missachteten Teilen der Rechtsordnung.

Die Bereitschaft, um des Geldes und des damit verbundenen Einflusses willen geltendes Recht zu verletzen, ist Ausdruck eines tiefer liegenden Problems: der Neigung der Parteien zur Überschreitung von Grenzen, die ihnen im demokratischen Interesse gezogen sind. Parteien haben das Ziel, bestimmte Überzeugungen vom Gemeinwohl, bisweilen auch nur begrenzte Politikziele oder Gruppeninteressen durchzusetzen. Voraussetzung dafür ist die Teilhabe

an der Staatsmacht. Vom Standpunkt der Parteien aus betrachtet, erscheint daher alles nützlich, was den Machtgewinn und den Machterhalt fördert, und alles schädlich, was dem im Wege steht. Machtgewinn und Machterhalt bilden gewissermaßen den Code, auf den das politische System und seine Hauptakteure, die Parteien, programmiert sind. An diesem Code richtet sich das Handeln im politischen System aus. Nur auf Signale, die so codiert sind, reagiert das politische System. An dem Code bemisst sich schließlich Erfolg und Misserfolg in der Politik.

Den Anteil an der Staatsmacht vermittelt in der Demokratie allein die Wahl. Auf sie konzentriert sich daher das Bemühen der Parteien. Von ihr empfängt die Politik auch ihren spezifischen Zeitrhythmus. Wahltermine richten sich freilich nicht nach Problemlagen. Sie folgen der Idee, dass die Machthaber in relativ kurzen Abständen dem Votum des Auftraggebers unterworfen werden sollen, damit sie sich nicht zu weit von dessen Erwartungen und Bedürfnissen entfernen. Politische Priorität genießt unter diesen Umständen aber, was innerhalb einer Wahlperiode als Erfolg verbucht werden kann und so die Chancen der Wiederwahl erhöht. Dass Spätfolgen von Versäumnissen, Vernachlässigung von langfristigen Problemen, Belastung künftiger Generationen irgendwann auf die Parteien zurückschlagen, ist diesen keineswegs unbekannt, angesichts der stets drohenden nächsten Wahl aber regelmäßig nicht durchschlagskräftig.

Das gebieterische Wirken des Codes bleibt nicht auf die Wahl beschränkt. Es treibt die Parteien vielmehr dazu, überall dort Fuß zu fassen, wo nach ihrer Auffassung Machtpositionen gefestigt oder gefährdet werden können. Ihr Einflussstreben erfasst deswegen auch solche Bereiche, die nicht auf den Code des politischen Systems eingestellt sind. Jede Einschleusung eines funktionsfremden Codes in diese Bereiche schwächt daher deren Leistungskraft. Für die Parteien tritt dieser Gesichtspunkt jedoch hinter ihr Eigeninteresse zurück, dem sie versucht sind nachzugeben, wo immer sich Möglichkeiten bieten. Dazu eignet sich besonders die Personalpolitik im gesamten öffentlichen Sektor. Hier wird der Einfluss der Parteien am stärksten sichtbar.

Das gilt zunächst für die Verwaltung. Sie ist das Instrument der Regierung zur Verwirklichung der

95 Politikziele. Da die Demokratie sich über die Parteienkonkurrenz steuert und Richtungswechsel einkalkuliert, muss der staatliche, Apparat, der die Richtungsentscheidungen ausführt, aber seinerseits parteipolitisch neutral sein. Andernfalls würde die Wahlentscheidung des Volkes auf der administrativen Ebene folgenlos gemacht. So einleuchtend das ist, so vorteilhaft erscheint es den politischen Parteien doch auch in der Verwaltung eine Machtbasis zu besitzen. Sind sie an der Macht, können sie auf besonders engagierte Beamte zählen. Verlieren sie die Macht, können sie sich immer noch Informationen und Einfluss bewahren. In jedem Fall haben sie die Möglichkeit, ihren Anhängern berufliche Positionen in Aussicht zu stellen und ein Auffangnetz für abgewählte Politiker auszuspannen, das die Folgen politischen Scheiterns mildert.

Parteieneinfluss ist aber auch in staatlichen Institutionen zu beobachten, die Politik kontrollieren sollen und deshalb von ihr unabhängig sein müssten. Das ist in erster Linie die Justiz. Die Richterstellen beim obersten Gericht, dem Bundesverfassungsgericht, haben die politischen Parteien so untereinander aufgeteilt, dass im Fall einer Vakanz feststeht, welche Partei den Vorschlag zur Neubesetzung machen darf. Weil das nur mit Zweidrittelmehrheit geht, muss der Kandidat freilich die Zustimmung der Gegenseite finden. Auch bei der Besetzung der obersten Bundesgerichte spielen die Parteien eine wichtige Rolle. Dasselbe gilt für andere Kontrollinstitutionen wie die Rechnungshöfe, Landesmedienanstalten und Datenschutzbeauftragten.

Ähnlich verhält es sich bei den nichtstaatlichen Kontrollinstitutionen der Politik, soweit sie öffentlich-rechtlich organisiert sind, namentlich bei den Fernsehanstalten. Das Fernsehen erfüllt unter anderem die Funktion, das Publikum über die Leistungen der Politik und die Politik über Erwartungen des Publikums ins Bild zu setzen. Es dient damit der Meinungsbildung, die Voraussetzung von politischer Partizipation und kompetenten Wahlentscheidungen ist und die Verbindung zwischen Wählern und Politikern auch zwischen den Wahlen aufrechterhält. Die Medien müssen zu diesem Zweck allerdings Distanz zur Politik wahren können. Sie haben den ihnen eigenen publizistischen Rationalitätskriterien zu folgen und würden ihre Funktion verfehlen, wenn sie sich politischen Interessen dienstbar machten. Gleichwohl versuchen die Parteien aufgrund ihrer Überzeugung, dass im Fernsehen über Wahlausgänge entschieden wird, Einfluss auf Personal und Programme der Sender zu gewinnen wie jüngst wieder beim ZDF.

Die Einflussnahme der Parteien auf Personalentscheidungen lässt sich ferner dort beobachten, wo die öffentliche Hand Wirtschaftsunternehmen entweder selbst betreibt oder an ihnen beteiligt ist, sei es in Form von (meist kommunalen) Eigenbetrieben, sei es als Eigentümer oder Anteilseigner von Firmen. Verkehrsbetriebe, Energieversorger, Banken und Sparkassen, Spielbanken, Wetteneinrichtungen und Wohnungsbaugesellschaften gehören dazu. Allen ist

gemeinsam, dass sie nicht nach den Kriterien der Politik, sondern des wirtschaftlichen Wettbewerbs oder der optimalen Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern zu funktionieren haben. Dennoch wird ihr Führungspersonal politisch rekrutiert und oft genug nach politischen Einfluss- oder Versorgungskriterien ausgewählt.

Schließlich ist es das Geld, bei dem die Begehrlichkeit der Parteien besonders groß ist, weil daran alles hängt: der Unterhalt der Parteizentralen und lokalen Büros, die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter, die Publikationen und Werbeaktionen, die Publikums- und Bildungsveranstaltungen, die Mitgliederwerbung und -betreuung und vor allem der Wahlkampf. Geld garantiert zwar nicht den Wahlerfolg, aber ohne ausreichende Mittel verschlechtern sich die Aussichten beträchtlich. Unter diesen Umständen kann man nicht darauf bauen, dass die Parteien ihren Einfluss aus Verfassungstreue, aus Einsicht in die Funktionsbedingungen demokratischer Herrschaft oder aus Moralität ihrer Funktionäre selbst auf demokratisch legitime Felder beschränken. Der Code, unter dem sie ihre Funktion erfüllen, erweist sich regelmäßig als stärker, und zusätzlich besänftigt der Bezug der Politik zum Gemeinwohl und zu nationalen Interessen, also einer „guten Sache“, das schlechte Gewissen, wo es noch schlägt.

Dass der Expansionsdrang der Parteien in den Funktionsbedingungen einer über Wahlen gesteuerten Politik begründet liegt, ist indes noch kein Grund, ihm freien Lauf zu lassen. Was im Interesse der demokratischen Verfassungsordnung geboten ist, aber von den Parteien aus eigenem Antrieb nicht beherzigt wird, muss ihnen vielmehr von außen auferlegt werden. Das Mittel dafür ist das Recht. In den rechtsetzenden Organen haben die Parteien allerdings legitimerweise ihren Platz. Soweit es um parteienbegrenzendes Recht geht, sind sie also Schöpfer und Adressat der Regelung in einer Person. Das ist keine günstige Ausgangsbedingung für wirksame Beschränkungen. Die Situation verschärft sich nochmals dadurch, dass auch das Korrektiv der Parteienkonkurrenz weitgehend versagt, sobald die Parteien gemeinsame Interessen entdecken.

Gerade wegen dieser Schwäche der Parteiendemokratie kommt dem Verfassungsgericht besondere Bedeutung zu. Aufgrund seiner Befugnis, den Gesetzgeber unter Berufung auf die Verfassung auch dort zum Tätigwerden zu verpflichten, wo er lieber untätig bliebe, kann es den Defiziten der Parteiendemokratie entgegenwirken. Zwar verdanken auch die Richter ihre Position den politischen Parteien. Diese können sie ihnen aber nicht wieder nehmen. Einmal im Amt, unterliegen die Richter nicht den Funktionsbedingungen der Parteipolitik. Das verschafft ihnen die Möglichkeit, die Anforderungen der Verfassung aus einer Position der Unabhängigkeit durchzusetzen. So hat es sich oft genug verhalten, und ohne die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Parteienrecht – selbst wenn man sie sich hier und da entschiedener hätte vorstellen können – sähe das politische System heute anders aus.

220 Radikallösungen sind allerdings auch vom Verfassungsgericht nicht zu erwarten, weder bei der Personalpolitik noch beim Geld. Ohne Geld können die Parteien ihre demokratisch unersetzliche Funktion nicht erfüllen, und für Parteien zu spenden gehört zu den Partizipationsrechten der Bürger. Für 225 die Personalpolitik gilt der Grundsatz, dass jede öffentliche Funktion, insbesondere jede, die mit der Ausübung von Herrschaft verbunden ist, demokratischer Legitimation bedarf. In der repräsentativen Demokratie beginnt die Legitimationskette zwar beim 230 Volk. Die Macht des Volkes ist aber auf die Wahl des Parlaments beschränkt, das seinerseits wieder die Regierung wählt. Über diese beiden wird die demokratische Legitimation vermittelt. Der Form nach Staatsorgane, werden sie in der Sache doch von denjenigen 235 Parteien bestimmt, die bei Wahlen erfolgreich waren. Im Endeffekt sind es daher stets Vertreter poli-

tischer Parteien, die die wesentlichen Personalentscheidungen für alle weiteren öffentlichen Stellen treffen.

240 Unter diesen Umständen sind demokratische Legitimation der Inhaber öffentlicher Gewalt und Parteienferne der Ernennungsverfahren aber nicht gleichzeitig zu haben. Wo diejenigen Staatsorgane, von denen die politischen Parteien legitimerweise Besitz ergreifen, aus den Personalentscheidungen im öffentlichen Bereich herausgehalten würden, kämen Rekrutierungsverfahren zum Tragen, die die demokratischen Grundbedingungen nicht erfüllen. Wo die demokratischen Grundbedingungen aber durch Mitwirkung der 245 Parteien erfüllt werden, entsteht die Gefahr, dass deren sachferne Kriterien die Entscheidung beeinflussen.

D. Grimm, Parteien, wollt ihr ewig raffen?

In: DIE ZEIT, 11. 04. 2002

(D. Grimm war von 1987 bis 1999 Richter am Bundesverfassungsgericht.)

Erwartungshorizont

Zu Aufgabe 1:

Bei der Bearbeitung des Texts kommt es darauf an, die unterschiedlichen Argumentationsebenen auseinander zu halten. Grimm konzentriert sich zunächst nicht auf das engere, vom Titel her suggerierte Problemfeld der Parteienfinanzierung, sondern geht die Frage der „Parteiendemokratie“ und ihrer Widersprüche grundsätzlicher an. Ein zentrales Argument ist dabei das Legitimationsproblem, das sich daraus ergibt, dass die Parteien über die Macht zur „Selbstbedienung“ (und Perpetuierung ihrer Macht durch den 'Parteienstaat') verfügen – gleichzeitig der Bürger im Repräsentationssystem nur vermittels der Parteien Einfluss im Rahmen des politischen Systems nehmen kann. Wichtig ist, dass in der Aufgabenlösung – neben diesem genannten Zusammenhang – auch die differenzierte Argumentation des Autors (etwa zur Bedeutung und Wirkung des Bundesverfassungsgerichts) wiedergegeben wird. Die Problematik der Parteienfinanzierung sollte in den Grundzügen so aufgenommen werden, wie sie (in einem beschränkten Ausschnitt – vor allem bezogen auf die Parteispenden) von Grimm angeboten wird. (Anforderungsbereich I–II)

Zu Aufgabe 2:

Hier kommt es darauf an, an den entsprechenden Textpassagen anzuknüpfen und gleichzeitig auch den Horizont zu erweitern auf die grundsätzlichen Probleme der Parteienfinanzierung (Quellen, Offenlegung, Finanzbedarf, Wahlkampfkostenerstattung etc.). Das im Text so stark betonte Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts sollte konkretisiert werden (Urteile zur Frage einer überwiegend staatlichen Parteienfinanzierung). Wichtig ist, dass der in der Aufgabenformulierung betonte Rückbezug auf die von Grimm entwickelten Argumente und Erklärungsansätze hergestellt wird. Legitim ist auch der Rückgriff auf die Kenntnisse über konkrete 'Skandale' im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung und deren Bearbeitung im Rahmen des politischen Systems und der Öffentlichkeit. (Anforderungsbereich II)

Zu Aufgabe 3:

Die Erörterung muss Grimms These vom Machtgewinn und Machterhalt einerseits und Parteienprivileg (GG), Parteiengesetz und einschlägige BVG-Urteile andererseits in den Mittelpunkt stellen. Darüber hinaus können Probleme der innerparteilichen Demokratie und der Parteienfinanzierung aufgenommen werden. (Anforderungsbereich III)

Bewertungskriterien für die Noten „gut“ und „ausreichend“

Die Note „gut“ wird erteilt, wenn

- die Aussagen des Autors bzgl. der Rolle und des Einflusses der Parteien im politischen System und mögliche Gegengewichte richtig, zusammengefasst und strukturiert dargestellt werden,
- das System der Parteienfinanzierung und damit verbundene Probleme unter Bezugnahme auf das Grundgesetz und das Parteiengesetz einerseits sowie den Arbeitstext andererseits dargestellt und erläutert werden,
- die Thesen des Autors des Autors bzgl. der Rolle, des Einflusses und der Legitimierung der Parteien unter Bezugnahme auf die Ebenen Realität, Verfassung und weitergehende demokratietheoretische Überlegungen diskutiert und abschließend beurteilt werden.

Die Note „ausreichend“ wird erteilt, wenn

- die Aussagen des Autors bzgl. der Rolle und des Einflusses der Parteien im politischen System und mögliche Gegengewichte weitgehend richtig zusammengefasst und dargestellt werden,
- wesentliche Elemente der Parteienfinanzierung unter Bezugnahme auf das Grundgesetz und das Parteiengesetz einerseits sowie den Arbeitstext andererseits dargestellt werden.